

Bericht aus der Sitzung des Mutlanger Gemeinderats vom 24. Januar 2017

Bürgerfragestunde

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

Lammpplatz/Ortsmitte – Vorstellung und Entscheidung über eine Planvariante

Am 18. Oktober 2016 wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats das Gesamtkonzept und die Platzgestaltung für die Ortsmitte vorgestellt. Die Architekten Seyfried & Psiuk haben nun zur aktuell vorliegenden Planung eine Variante vorgestellt. Diese sieht im Wesentlichen ein Tausch von Gastropavillon und Pergola vor. Die verkürzte Pergola nimmt nun den Platz parallel zur Grundschule ein, während der Gastropavillon den Platz zur Wohnbebauung an der Lammstraße und der Parkplatzreihe abgrenzt. Die Außenbewirtschaftung rückt von der Grundschule ab. Dadurch liegt dieser Bereich insbesondere in der Übergangszeit länger in der Sonne.

Gemeinderat Pfitzer kritisiert, dass die Planungsvariante zu spät in die Diskussion eingebracht wurde. Die äußeren Umstände haben sich seit Beginn der Planung nicht verändert. Des Weiteren sieht er Nachteile für die Bewohner der Mehrfamilienhäuser und bestreitet die Kostenneutralität.

Gemeinderat Steinhilber erkundigt sich, wie sich die Länge des Gastropavillons bei der Variante verändert. Er sieht in der Variante eine bessere Nutzungsqualität. Herr Psiuk antwortet, dass dieser sich um ca. 2 Meter verlängern würde.

Gemeinderat Lasermann und Stütz sprechen sich stellvertretend für ihre Fraktionen (SPD und CDU) dafür aus, dass die ursprüngliche Platzgestaltung beibehalten werden soll.

Der Gemeinderat entscheidet mehrheitlich, dass die bisherige Planung weiterverfolgt werden soll.

Einbringung und Beratung des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung 2017

Kämmerer Lange stellt den Haushaltsplanentwurf mit folgenden Kennzahlen vor:

➤ Haushaltsvolumen:	22.726.164 €
○ davon Verwaltungshaushalt:	16.533.468 €
○ davon Vermögenshaushalt:	6.192.696 €
➤ Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt:	1.096.805 €
➤ Mindestzuführung (ordentliche Tilgung):	373.536 €
➤ Nettoinvestitionsrate:	723.269 €
➤ Neue Kreditaufnahme:	1.578.091 €
➤ somit Netto-Neuverschuldung:	1.205.121 €
➤ somit Pro-Kopf-Verschuldung zum Jahresende:	1.148,86 €

➤ Stand der Rücklage:	385.773 €
➤ Mindesthöhe der Rücklage:	311.328€

Die Kennzahlen zeigen eine gute Ertragskraft des Verwaltungsbetriebs, für das umfangreiche Investitionsprogramm wird trotzdem mit einer erheblichen Neuverschuldung geplant. Die ausgewiesene Pro-Kopf-Verschuldung ist dabei durch zwei Zwischenfinanzierungen beeinflusst und deshalb verzerrt; die Pro-Kopf-Verschuldung aus langfristigen Deckungskrediten liegt zum Jahresende 2017 voraussichtlich bei 785 €/Einwohner. Insgesamt kann das Haushaltsjahr 2017 angesichts der weit reichenden Vorhaben im Vermögenshaushalt noch zufriedenstellen. Für die kommenden Jahre muss jedoch darauf geachtet werden, dass die eigene Ertragskraft der Gemeindefinanzen strukturell gesichert wird.

Gemeinderat Lasermann stellt die Anträge der SPD-Fraktion vor und ist dankbar für die Aufnahme in den Haushaltsentwurf. Weiter führt er aus, dass die Gewerbesteuer seit 2003 nicht angehoben wurde und beantragt, dass der Gewerbesteuerhebesatz um 5 Punkte angehoben wird. Dies entspricht der Steuergerechtigkeit, da die Investitionen auch von den Gewerbetreibenden mitfinanziert werden müssen. Des Weiteren beantragt er die Einführung eines Jugendgemeinderats. Die Mitgestaltungsmöglichkeit für Jugendliche ist wichtig für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde.

Gemeinderat Pfitzer bemängelt den Vorschlag der Erhöhung der Grundsteuer. Da das Jahr 2016 wie dargestellt gut verlief, sei das eine befremdliche Konsequenz. Er kritisiert, dass für den Kauf neuer Weihnachtsbeleuchtung keine Haushaltsmittel vorgesehen sind. Die Anschaffung der Atemschutzwerkstatt möchte er vom Kreisbrandmeister bestätigt haben. Er sieht dies als unwirtschaftlich und verweist auf die Folgekosten.

Gemeinderat Steinhilber sieht die Notwendigkeit ebenfalls nicht.

Gemeinderat Kurz bekräftigt dies und kritisiert weiterhin die Veräußerung des Gebäude IV.

Gemeinderätin Kaim hinterfragt die Erneuerung der Ortseingangstafeln im Wert von 10.000 €. Wenn man die Grundsteuer erhöht um 30.000 € Mehreinnahmen zu generieren, ist es das falsche Signal, dann für ein Drittel davon die Ortseingangstafeln zu erneuern.

Gemeinderat Stütz hingegen befürwortet Anschaffung der Atemschutzwerkstatt und begrüßt die Bereitstellung der Haushaltsmittel für den Verbindungsweg zwischen dem Rainhaldenweg und dem Busbahnhof.

Bürgermeisterin Eßwein geht auf die Einzelnen Anträge ein:

- **Erhöhung der Gewerbesteuer**

Hier übergibt sie das Wort an Herrn Lange, der die Eigenschaften und Unterschiede zwischen der Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer erläutert. Die Gewerbesteuer ist eine Ertragssteuer und ist automatisch dynamisiert. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer entspricht einer „echten“ Steuererhöhung.

- **Einrichtung eines Jugendgemeinderats**

Bürgermeisterin Eßwein sichert zu, dass sich die Verwaltung mit dem Thema beschäftigen wird. Dies ist auch im Sinne der Novelle der Gemeindeordnung. Über die genaue Ausgestaltung wird in einer gesonderten Sitzung diskutiert. Gemeinderätin Hieber beantragt weitergehend, dass man auch für einen Seniorenbeirat Gelder bereitstellen soll.

- **Weihnachtsbeleuchtung**

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass 2016 beschlossen wurde, dass durch den Umbau der Ortsmitte erst im Jahr 2018 Gelder für eine neue Weihnachtsbeleuchtung eingestellt werden.

- **Atenschutzwerkstatt**

Über die Anschaffung der Atemschutzwerkstatt wird erst nach der Einholung verschiedener Angebote diskutiert. Hierfür müssen jedoch Mittel zur Verfügung gestellt werden.

- **Ortseingangstafeln**

Dies ist im Zuge der neuen Corporate Identity ein Wunsch von Bürgermeisterin Eßwein. Hier findet sich das neu erstellte Logo wieder und die Vereine können ihre Veranstaltungen besser bewerben.

- **Sanierung Bau IV**

Bürgermeisterin Eßwein gibt bekannt, dass die Sanierung des Gebäude IV in der Gemeinderatssitzung am 21.02.2017 ausführlich diskutiert und vorgestellt wird.

Änderung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Mit der Entwurfseinbringung des Gemeindehaushalts 2017 (s. vorheriger Tagesordnungspunkt) zeigt sich ein erheblicher Kreditbedarf von weit über 1,5 Mio. € zur Deckung der 2017 geplanten Ausgaben.

Nach den kommunalwirtschaftlichen Bestimmungen ist jede Gemeinde dazu angehalten, ihre Einnahmemöglichkeiten in vertretbarem und gebotenen Umfang auszunutzen und ihre Haushalte möglichst aus eigener Kraft, also ohne Fremdkapitalfinanzierungen auszugleichen. Dies ist 2017 nicht erreichbar; umso mehr besteht die Notwendigkeit, den diesjährigen Kreditbedarf möglichst stark zu begrenzen. Die Verwaltung schlägt vor diesem Hintergrund die Heraufsetzung des Hebesatzes für die Grundsteuern A und B von 375% auf 390% vor. Damit könnten Mehreinnahmen in Höhe von ca. 33.400 € für 2017 erzielt werden. Für den einzelnen Steuerzahler würde diese Erhöhung eine jährliche Mehrbelastung von 10-15 € bedeuten; bei einer Besteuerung nach dem Sachwertverfahren (wird bei hochwertigeren Immobilien angewendet) kann dies in einzelnen Fällen auch deutlich mehr sein.

Das Gremium beschließt die Erhöhung der Grundsteuer mehrheitlich von 375% auf 390%.

Bekanntgaben und Verschiedenes

a) Spendenannahme

Das Gremium nimmt die eingegangenen Spenden einstimmig an.

b) Zuweisung von Flüchtlingen in die Anschlussunterbringung 2017

Bürgermeisterin Eßwein gibt bekannt, dass die Gemeinde Mutlangen gemäß § 12

a) Aufnahmegesetz im Jahr 2017 4 Flüchtlinge aufnehmen muss.

c) Sanierung Don Bosco

Bürgermeisterin Eßwein gibt bekannt, dass der weitere Umbau bereits begonnen hat und der Zeitplan eingehalten wird.

d) Termine:

- Bundestagswahl wird voraussichtlich am 24. September 2017 stattfinden
- Nachrodeln der Freiwilligen Feuerwehr am Freitag 27. Januar 2017
- Rathaussturm am 23.02.2017. Das Rathaus wird an diesem Tag um 12.15 Uhr geschlossen.

Anfragen der Mitglieder des Gemeinderats

a) Garten Kleingärtner, Gartenstraße

Gemeinderätin Schlicht fragt, wann der Garten bei den Kleingärtnern fertiggestellt wird. Herr Grahn antwortet, dass im Frühjahr der Sandkasten gesetzt wird und die Bäume geschnitten werden.

b) Winterdienst

Gemeinderat Hofelich erkundigt sich nach der Sachlage bezüglich des Winterdienstes im Bürglesrain. Herr Grahn erklärt, dass die Blumenkübel beim Winterdienst ein Hindernis darstellen. Mit einem Anwohner wurde die Sachlage besprochen. Aufgrund der Schwierigkeit des Winterdienstes prüft die Verwaltung die Notwendigkeit der Sackgasse.

c) Parkplatz Friedhof

Gemeinderat Lasermann kritisiert die Parkplatznot am Friedhof. Aufgrund des großen Fuhrparks der Sozialstation stehen nicht genügend Parkplätze für Beerdigungsbesucher zur Verfügung.

Bürgermeisterin Eßwein nimmt dies zur Kenntnis und sichert zu, sich dem Problem anzunehmen.

d) Wochenmarkt

Gemeinderätin Gaiser regt an, dass man für den Wochenmarkt neue Markthändler generieren muss. Es fehlt ein Obst- und Gemüsestand.

Bürgermeisterin Eßwein erklärt, dass aktuell zu verschiedenen Händlern Kontakt aufgenommen wird.